



Reformen in der Radiowelt

Obwohl gesetzlich bislang gar nicht vorgesehen, sind die Community Radios in Ecuador gut ausgestattet und haben ein funktionierendes Netzwerk. Neben anderen Alternativmedien sind viele von ihnen aktiv an der Formulierung eines neuen Mediengesetzes beteiligt. Diese Reform ist jedoch sehr umstritten. Kommerzmedien und der Weltverband der Community Radios AMARC werfen der Regierung vor, die Pressefreiheit einzuschränken. Andere Organisationen stellen in den Vordergrund, dass der partizipative Rundfunk am meisten von einer neuen Gesetzgebung profitieren könne.

Zankapfel Mediengesetz

Wie in den meisten Ländern Lateinamerikas ist der Mediensektor durch eine extrem hohe Konzentration geprägt. Diese Dominanz kommerzieller Anbieter im Fernseh-, Radio- und Printbereich verhindert Meinungsvielfalt und eine pluralistische Berichterstattung. Gerade einmal acht Unternehmensgruppen kontrollieren den Großteil der Massenmedien in Ecuador.

„El Telégrafo“, die erste landesweit erscheinende Tageszeitung, wurde 1860 gegründet. Erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts folgten mit „El Comercio“ und „El Universo“ zwei weitere Printmedien, die im gesamten Staatsgebiet vertrieben wurden. Heute existieren rund 35 landesweite und regionale Zeitungen, wobei die meisten in der Hauptstadtregion von Quito und im Wirtschaftszentrum rund um die Hafenstadt Guayaquil zirkulieren. Die größte Auflage haben „Hoy“, „Expreso de Guayaquil“ und „La Hora“.

Offiziellen Zahlen zufolge waren 83 Prozent der knapp 450 Fernsehsender Ende des Jahres 2010

in privater Hand. Von den 1.200 Radiostationen waren 89 Prozent Kommerzsender. Zu den wichtigsten Medienkonsortien, die den privaten Rundfunk kontrollieren, gehören *Grupo Eljuri*, *Grupo Vivanco* und *Grupo Egas*. Lediglich gut zehn Prozent waren öffentliche Medien. Sie wurden erst im Jahr 2007 auf Initiative des neuen Präsidenten Rafael Correa gegründet und stehen unter starkem Einfluss des Staates beziehungsweise der Regierung. Der Anteil der Community Radios wird mit 0,2 Prozent angegeben.

ECUADOR

- Im plurinationalen Ecuador leben rund 15 Millionen Einwohner_innen, darunter 14 indigene Nationalitäten, deren Anteil an der Bevölkerung, je nach Quelle, bis auf 40 Prozent geschätzt wird.
- Die Verfassung von 2008 schreibt soziale Grundrechte wie Recht auf Ernährung, Gesundheit und Bildung fest. Erstmals wurde auch die Natur zum Rechtssubjekt erklärt.
- 2-3 Millionen Ecuadorianer_innen sind zum Arbeiten ins Ausland migriert. Aus dem Nachbarland Kolumbien sind in den letzten zehn Jahren 200.000 Menschen nach Ecuador geflüchtet.

Eine staatliche Kommission zur Überprüfung der Frequenzvergabe deckte in ihrem Bericht 2009 eine Vielzahl systematischer Verfehlungen in der Zeit von 1998 bis 2008 auf. Unter aktiver Mithilfe des zuständigen Nationalen Rats für Radio und Fernsehen (CONARTEL) seien Lizenzen oftmals illegal verlängert oder gar an andere Unternehmen weiter verkauft worden. Zudem missachtete das unternehmerfreundliche Gremium die gesetzlichen Vergabekriterien sowie die Reihenfolge der Anträge. Die Korruption ging so weit, dass Mitglieder der CONARTEL an sich selbst Lizenzen vergaben. Ein Mitglied des Rates verschaffte sich auf diese Weise Zugang zu 52 Radiofrequenzen. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass 40 Prozent der Frequenzen für Radio und Fernsehen in Ecuador auf illegalem Wege vergeben worden sind. Dies sei einer der Gründe für die Konzentration der Frequenzen in privater Hand.

Mit der Wahl von Präsident Rafael Correa im Jahr 2007 kommt Bewegung in den Kommunikationsbereich. Die Konzentration des Medienmarktes, die oft einseitige Berichterstattung der Kommerzienmedien und das Recht auf Kommunikation werden nicht nur auf die Tagesordnung gesetzt, sondern entwickeln sich schnell zu einem zentralen und umstrittenen Thema der ecuadorianischen Politik.

Die Ablösung der althergebrachten Machtelite und ihrer Parteien führte fast zwangsläufig zu einer Konfrontation der neuen Regierung mit den rechten, kommerziellen Medien, die stets Sprachrohr und Stütze der zumeist konservativen Regierungen waren. Gerne wird dieser Streit auf die Begriffe Pressefreiheit versus autoritäre Bevormundung reduziert. Visionen einer demokratischen Medienordnung auf Grundlage des international anerkannten Rechts auf Kommunikation, wie sie seitens vieler Alternativmedien und vor allem von Verbänden der Community Radios wie CORAPE oder AMARC vertreten werden, haben bei dieser Polemisierung zumeist das Nachsehen. Dennoch gelang es diesen Gruppen mittels aktiver Teilnahme an der Diskussion über die neue Verfassung von 2008, das Recht auf demokratische Kommunikation in der Konstitution zu verankern. Die Übersetzung der entsprechenden Artikel der neuen Verfassung in gesetzliche Vorschriften wird seit ihrer Verabschiedung heiß diskutiert.

Allerdings scheiterte die Verabschiedung eines neuen Mediengesetzes bislang am Widerstand im Kongress (Stand November 2012). Zumindest bis dahin versuchte Präsident Correa, das Ungleichgewicht im Mediensektor nicht nur zu verändern, sondern auch zu seinen Gunsten zu verschieben. Er schuf je einen öffentlichen Fernseh- und Radiosender, denen allerdings eine recht große Nähe zur Regierungsposition nachgesagt wird. Zudem rief er die staatliche Presseagentur „andes“ ins Leben. Und er nutzte ein 2008 erlassenes Dekret, das die Beteiligung von Bankkapital im Mediensektor verbietet, um einige Radio- und TV-Kanäle unter staatliche Kontrolle zu stellen – vorübergehend, wie es offiziell heißt.

Kommunikation: Ware oder Recht?

Die Gesetzgebung im Medienbereich ist durch eine Fragmentierung in verschiedene Normen und rechtliche Rahmenvorschriften gekennzeichnet. Statt einer übersichtlichen Regulierung des Sektors finden Gesetze aus dem Strafrecht, dem Arbeitsrecht für Journalist_innen und dem Rundfunkrecht Anwendung. Bis heute dient das 1975 zu Diktaturzeiten verabschiedete Hörfunk- und Fernsehgesetz als Grundlage der Rechtsprechung. Es stellt die Kontrolle der Medienschaffenden in den Mittelpunkt, versteht Medien als zentralistische, nicht partizipative Einheiten und definiert deren Aktivitäten primär technologisch und kommerziell.



Mit dem 1992 verabschiedeten Telekommunikationsgesetz findet der neoliberale Zeitgeist Eingang in die Mediengesetzgebung. Die marktwirtschaftliche Ausrichtung der Kommunikation „kennt keine Bürger, sondern nur Dienstleistungsunternehmen und ihre Nutzer. Die Regulierung bezieht sich nicht auf Inhalte und Grenzen bestimmter Rechte bezüglich der Kommunikation, sondern auf technologische und kommerzielle Umstände, um den freien Wettbewerb unter den Akteuren zu garantieren“, schreibt der ecuadorianische Kommunikationswissenschaftler Romel Jurado Vargas.

Der partizipative Rundfunk ist gesetzlich nicht geregelt. Zwar wurde in einer Reform des Hörfunk- und Fernsehgesetzes im Jahr 2002 die Existenz von Community Radios erstmals offiziell anerkannt. Doch mangels konkreter rechtlicher Vorschriften und der Tatsache, dass alle Frequenzen von Kommerzradios belegt waren, blieben Initiativen von Basisradios weiterhin darauf angewiesen, sich in Konkurrenz zu privaten Anbietern auf kommerzielle Frequenzen zu bewerben.

Die hier skizzierten rechtlichen Rahmenbedingungen des Mediensektors und ihre Auswirkungen in der Praxis stehen den Grundprinzipien der neuen Verfassung von 2008 entgegen. Diese orientiert sich am Prinzip des „Erfüllten Lebens“ (*Buen Vivir*) – einem Konzept der Aymara-Indígenas, das die Gleichheit von Männern und Frauen und deren

Leben im Einklang mit der Natur zum Gegenstand hat. Das Recht auf Kommunikation ist der Verfassung zufolge Teil dieses Prinzips. Es sieht unter anderem vor, „die Schaffung und Stärkung von öffentlichen, privaten und kommunitären Medien“ und „den universellen Zugang zu Technologien der Information und Kommunikation insbesondere für die Menschen und Gruppen, die davon ganz oder teilweise ausgeschlossen sind,“ zu ermöglichen.

Folgerichtig wurde der Kongress beauftragt, innerhalb eines Jahres eine neue, umfassende Mediengesetzgebung zu erarbeiten. Diese soll die bisherige rechtliche Fragmentierung überwinden, die Konzentration im Bereich der Massenmedien beenden und die liberale Ausrichtung durch ein Konzept ersetzen, das kommunikative Rechte in den Mittelpunkt stellt.

Allerdings entwickelte sich die Formulierung des neuen Gesetzes zu einer komplizierten, politisch sehr umstrittenen Angelegenheit. Der Entwurf, der nach intensiven Debatten dem Kongress zur Abstimmung vorgelegt wurde, enthält viele Aspekte, die von der Bewegung zur Demokratisierung der Kommunikation - unter anderem Netzwerke von Basisradios, Alternativmedien und soziale Bewegungen - eingebracht worden waren, unter anderem eine gleichgewichtige Dreiteilung aller Rundfunkfrequenzen für kommerzielle, öffentliche und partizipative Anbieter. Andererseits enthält der Text Passagen, die von Unternehmerseite wie auch vom Weltverband der Community Radios AMARC (*Asociación Mundial de Radios Comunitarias*) kritisiert werden. Darunter fällt insbesondere die Befugnis offizieller Stellen, Einfluss auf redaktionelle Arbeit und die Bewertung von Informationen zu nehmen.

Im Zuge weiterer Diskussionen gelang es sozialen Bewegungen und Netzwerken im Februar 2012, weitere Veränderungen im Entwurfstext durchzusetzen. Dadurch wurden die Kontrollbefugnisse des Staates im Gesetzestext soweit eingeschränkt, dass die meisten Alternativmedien nun für dessen Verabschiedung plädieren. Doch die Opposition, die die Mehrheit im Kongress hat, konnte eine Abstimmung bislang verhindern. Zu Redaktionsschluss war die Diskussion um die Formulierung des Gesetzes und dessen Verabschiedung noch nicht beendet.



„Unsere Radios betrachten sich nicht als klein und improvisiert. Im Gegenteil, es sind anspruchsvolle Sender mit einem Programm, das bei weitem besser ist als das vieler Kommerzradios,“ sagt CORAPE-Koordinatorin Gissela Dávila.

Partizipative Radios und ihre Netzwerke

Die ecuadorianische Hauptstadt Quito ist Sitz vieler lateinamerikanischer Alternativmedien und deren Netzwerke. Hier entstand der Newsletter ALAI (*Agencia Latinoamericana de Información*), heute eines der wichtigsten bewegungsnahen Onlineportale des Subkontinents. In Quito hat auch der Lateinamerikanische Verband für Rundfunkbildung ALER (*Asociación Latinoamericana de Educación Radiofónica*) seinen Hauptsitz. Er entstand 1972 durch den Zusammenschluss von 18 katholischen Radios, heute arbeiten dort Community Radios aus mehreren lateinamerikanischen Ländern zusammen. ALER ist ein wichtiger Träger für die Fortbildung von Mitarbeiter_innen partizipativer Radios und produziert täglich mehrere Nachrichtensendungen, die per Satellit ausgestrahlt und von knapp 200 Basisradios in 17 lateinamerikanischen Ländern gesendet werden.

Auch die lateinamerikanische Sektion des Weltverbands der Community Radios AMARC hatte lange Zeit ihren Sitz in Quito. AMARC gründete dort 1996 die Radioagentur Pulsar, die täglich Nachrichten und Audiomitschnitte für Basisradios per Internet kostenfrei zur Verfügung stellt. Mit der Organisation Radialistas, die die Audio-Tauschbörse Radioteca betreibt, residiert eine weitere wichtige Einrichtung der Community Radios in Quito.

Ausgangspunkt der partizipativen Radios in Ecuador waren wie in vielen anderen Staaten der Region Initiativen der fortschrittlichen Kräfte innerhalb der katholischen Kirche. Neben ALER war das vor allem die Stiftung ERPE (*Escuelas Radiofónicas Populares del Ecuador*), die sich seit 1962 des Mediums Radio bedient, um Landbevölkerung und Indígenas zu alphabetisieren. ERPE gründete in der Stadt Riobamba das erste Community Radio, das sich explizit als Bildungsmedium verstand und von der Diözese vor Ort geleitet wurde.

Erst im Jahr 1990 entstand mit dem Koordinierungsbüro für Bürger- und Bildungsradios CORAPE (*Coordinadora de Radio Popular Educativa del Ecuador*) ein eigenes, unabhängiges Netzwerk der Community Radios in Ecuador. Es hat heute

45 Mitglieder und unterstützende Organisationen, darunter rund 30 Basis- und Bildungsradios. Über verschiedene lokale Netze, unter anderem in der Region des Amazonas und der Kichwa-Indigenas, koordiniert CORAPE die Arbeit der Community Radios im ganzen Land. Gestützt auf Korrespondent_innen aus den Mitgliedsradios produziert CORAPE täglich mehrere Nachrichtensendungen auf Spanisch und eine auf Kichwa, die von den angeschlossenen Sendern per Satellit oder Internetstream empfangen und verbreitet werden.



Nach eigenen Angaben erreicht die programmatische Arbeit des Netzwerks rund 30 Prozent der urbanen und 60 Prozent der ländlichen Bevölkerung. CORAPE ist Mitglied der internationalen Netzwerke ALER und AMARC und dient letzterem auch als nationale Vertretung in Ecuador. Die Vielfalt des partizipativen Rundfunks ist in Ecuador weniger ausgeprägt als in anderen Staaten des Subkontinents, wie zum Beispiel in Brasilien mit seinen autonom organisierten freien Radios. Die rund 50 Sender, die sich in Ecuador als Community Radios verstehen, haben kommerzielle Lizenzen. Erst seit Anerkennung des partizipativen Rundfunks in der Verfassung von 2008 gelang es einigen wenigen Radios, ihre Lizenz dem Konzept der Community Radios anzupassen.

Gemeinsames Merkmal dieser Sender ist der Anspruch, das Radiomachen nicht als kommerzielle Tätigkeit, sondern als kommunikatives Angebot für und im Kontext einer Community zu verstehen. Darunter fallen klassische Stadtteilradios,

Bildungsradios, kirchlich orientierte Sender oder Radios, die sich kulturell und sprachlich an bestimmte Indígena-Gruppen richten. Seit dem Jahr 2010 wurden auf Initiative der Regierung 14 neue Indígena-Radios gegründet, jeweils ein Sender für jede der 14 in Ecuador vertretenen Ethnien (dort *nacionalidades* - Nationalitäten genannt). In der Startphase stellte die Regierung diesen Radios neben einer Frequenz und der technischen Ausstattung auch Unterstützung bei der journalistischen Ausbildung zur Verfügung. Die Reichweite der Sender entspricht zumeist dem von den jeweiligen Nationalitäten bewohnten Gebiet. Zielsetzung der im Netzwerk der kommunitären Medien (*Red de Medios Comunitarios*) zusammengeschlossenen Radios ist die Stärkung der Kommunikation und des kulturellen Selbstverständnisses innerhalb der indigenen Gemeinden.

Kritiker_innen dieses Vorgehens befürchten, dass die zentrale Rolle des Staates bei diesem Projekt die Unabhängigkeit der Sender und deren Etablierung als Community Radios beeinträchtigen werde. So wird gemutmaßt, dass die Regierung Correa mit dieser medialen Offensive Einfluss auf indigene Gemeinden nehmen will, nachdem es in den vergangenen Jahren mehrfach zu heftigen Auseinandersetzungen mit Indígena-Bewegungen im Kontext von großen Straßen- und Bauprojekten gekommen ist. Einige Radioaktivist_innen sehen in den neuen Indígena-Radios zudem eine Konkurrenz zu jenen Basisradios, die während der 1980er Jahre in den Gemeinden entstanden sind. Andere, unter anderem CORAPE, beteiligen sich an den Ausbildungsprogrammen und hoffen, über eine Zusammenarbeit in der Praxis den Kreis der Community Radios in Ecuador erweitern zu können.

Basisradios – unabhängig und politisch

Anders als die kommerziellen haben die partizipativen Radios generell einen kollektiven Anspruch. Es gibt Debatten über die inhaltliche Ausrichtung und eine gemeinsame Festlegung der redaktionellen Linie. Allerdings werden die eigenen Ansprüche angesichts des schwierigen Alltags oft nur im Ansatz umgesetzt. Bei den Mitgliedern von CORAPE ist die Einbindung der Radios in

das Netzwerk eine wichtige Unterstützung beim Aufbau partizipativer Strukturen. Dies betrifft vor allem den Bereich der Fortbildung, der stets die Frage des Managements sowie der (finanziellen) Nachhaltigkeit einschließt. Auch die Geschlechtergleichstellung ist bei CORAPE ein zentrales Thema – im Gegensatz zur Praxis in vielen Redaktionen sind Frauen im Koordinierungsbüro des Netzwerks sehr präsent. Außerdem ist die Erarbeitung und Ausstrahlung der gemeinsamen Nachrichtenprogramme ein politischer Orientierungspunkt, der zur Stärkung der kollektiven Identität bei-



trägt. Zentraler inhaltlicher Bezugspunkt ist stets die jeweilige Community, von den Problemen des Alltags bis hin zur kulturellen Ausprägung insbesondere in den Musikprogrammen.

Neben den gemeinsamen Merkmalen sind die Community Radios entsprechend ihrer jeweiligen Geschichte sehr unterschiedlich organisiert. So verfügen die althergebrachten kirchlichen Sender über einen starken institutionellen Rückhalt und die Indígena-Radios nicht nur in sprachlicher Hinsicht über eine gefestigte Hörer_innengemeinde.

Selten sind Radios im unmittelbaren Kontext sozialer Bewegungen entstanden, auch wenn es einige gewerkschaftsnahe Sender gibt und andere, die sich in ihrem Programm explizit auf Anliegen indigener Gemeinden beziehen. Soziale Kämpfe vor Ort werden jedoch von den meisten Redaktionen unterstützt. Bekanntestes Beispiel hierfür ist das Radio *La Luna* in Quito, das 1995 und 2000 die Massenbewegung zum Sturz des jeweiligen Präsidenten aktiv unterstützte. 2005 wurde *La Luna* weltbekannt durch seine Protagonist_innenrolle innerhalb der Bewegung, die den mit linkem

Anspruch angetretenen Präsidenten Lucio Gutiérrez zuerst demaskierte und schließlich zum Rücktritt zwang. In der Folgezeit verlor Radio *La Luna* unter anderem wegen finanzieller und personeller Engpässe an Anziehungskraft. 2011 verkündete ein neuer Redaktionsleiter, dass *La Luna* nur noch Sportberichterstattung machen werde.

Mehrheitlich legen die Community Radios Wert auf eine unabhängige Ausrichtung. Sie wollen durchaus als politische Medien verstanden werden, aber auf keinen Fall als parteipolitisch orientiert. „Jedes Radio hat seine eigene Ideologie, aber allen gemein ist der Standpunkt, auf das Recht des eigenen Wortes zu beharren“, so Gissela Dávila von CORAPE. „Jede politische Ausrichtung im Rahmen der Verfassung kann aus unserer Sicht vertreten werden, nur eine Parteibindung würde unseren Kriterien widersprechen.“ Auch wenn die Radios mehrheitlich dazu tendieren, die viel diskutierte Regierungspolitik von Präsident Rafael Correa eher als fortschrittlich denn als autoritär zu bezeichnen, wird darauf geachtet, dass sie sich nicht in ein Sprachrohr offizieller Anliegen verwandeln.

Diese unabhängige Ausrichtung bringt die Radios selten in Konflikt mit den Autoritäten. Laut CORAPE gibt es keinerlei Versuche von oben, repressiv gegen Community Radios vorzugehen oder Einfluss auf ihre Berichterstattung zu nehmen. Allerdings sind die Sender sehr darauf bedacht, die gesetzlichen Vorschriften einzuhalten, um den Behörden keinen Vorwand für eventuelle Maßnahmen zu geben. Dieser Zustand ist nicht ideal – aber in jedem Falle eine deutliche Verbesserung im Vergleich zur Zeit vor der Präsidentschaft



Correas. Damals waren die Community Radios der Willkür der korrupten Regulierungsbehörde und deren politischer Günstlinge ausgesetzt.

Geld ist immer knapp

Die fehlende gesetzliche Grundlage für partizipative Radios hat auch zur Folge, dass es – abgesehen von wenigen Fortbildungsangeboten – keinerlei finanzielle Unterstützung von offizieller Seite gibt. So sind die Radios auf Eigenmittel angewiesen. Wichtigste Quelle dafür ist Werbung, die den Community Radios seit einer Gesetzesänderung im Jahr 2002 erlaubt ist. Vorausgegangen war eine lange juristische und politische Auseinandersetzung, in der Anwält_innen von CORAPE und Unterstützerguppen durchsetzten, dass das Werbeverbot für die Basissender gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoße.

Andere Finanzquellen sind Projektmittel, vor allem der internationalen Entwicklungszusammenarbeit, die allerdings oft im Bildungsbereich ansetzen und nicht zur Deckung der laufenden Betriebskosten eingesetzt werden können. Generell ist die Finanzlage der meisten Radios prekär, was durchaus Einfluss auf die Arbeitsbedingungen hat, die oft durch Selbstausbeutung und extrem lange Arbeitszeiten gekennzeichnet sind. Viele Sender versuchen deshalb, durch das Angebot von Dienstleistungen ihre Einnahmen aufzustocken. So bieten einige Radios Kurse und Fortbildungen an, andere produzieren Spots und Materialien für Radio-Bildungskampagnen.

Der Entwurf des neuen Kommunikationsgesetzes sieht keine explizite Förderung des partizipativen Rundfunks vor. Allerdings wird den staatlichen Einrichtungen nahegelegt, mittels Werbung, Kampagnen und der Ausschreibung von Projektmitteln die Finanzlage dieses Sektors zu verbessern.

Nachrichten per Satellit

Die Community Radios in Ecuador sind technisch relativ gut ausgestattet. Die meisten haben eigene Webseiten, viele übertragen ihr UKW-Programm gleichzeitig im Internet. Über 20 der

Mitgliedsradios von CORAPE verfügen über Satellitenanlagen, mit denen sie die Gemeinschaftsprogramme des Netzwerks empfangen. Der Einsatz dieser modernen Technologie ist auf die Zusammenarbeit mit dem Verband ALER zurückzuführen, der die Übertragung per Satellit kontinentweit im partizipativen Rundfunk eingeführt hat.

Nicht nur in dieser Hinsicht sagen die Radios von CORAPE, sie hätten eine Vorreiterrolle im Bereich neuer Technologien. Sie fordern den Zugang aller Menschen zu moderner Kommunikationstechnik, von schnellen Internetzugängen bis hin zur Satellitenübertragung. Die Auseinandersetzung mit Informationstechnologie gehört dementsprechend auch zu ihren Bildungsangeboten. Diese Herangehensweise spiegelt sich auch im Selbstverständnis der Community Radios wider. Sie legen großen Wert auf Professionalität und ein qualitativ hochwertiges Programm.

Polemik statt Debatte – Mediendemokratie zwischen Monopol und Kontrollwut

Die Diskussion über Medien und eine Demokratisierung der Kommunikation ist in Ecuador – ähnlich wie in Argentinien oder Venezuela – polemisch und festgefahren. Die traditionellen Massenmedien kritisieren die Politik der Regierung Correa als autoritären Eingriff in die Pressefreiheit. Der Präsident wiederum wirft den Medien eine einseitige Berichterstattung vor und verteidigt sein Vorgehen gegen einzelne Organe und das Medienmonopol als notwendig, um mehr Pluralismus in der öffentlichen Meinung herzustellen. Die Verteidigung althergebrachter Privilegien einerseits und das Interesse an Einflussnahme auf die Inhalte der Berichterstattung andererseits prägen auch die Auseinandersetzung über das neue Mediengesetz.

Interessanter als dieser Schlagabtausch sind die Positionen von Aktivist_innen, Alternativmedien und den Dachorganisationen der Basisradios, die die Bewegung zur Demokratisierung der Kommunikation vorantreiben. Die alternative Agentur ALAI beispielsweise setzt sich für eine Verabschiedung des Gesetzes in der vorliegenden Version ein. Trotz einiger Mängel, schreibt Redaktionschefin Sally Burch, „eröffnet das Gesetzesprojekt den

Weg für einen strukturellen Wandel, für eine virtuelle Agrarreform im Äther, in der die Rundfunkfrequenzen neu verteilt werden: 34 Prozent für kommunale Medien, 33 Prozent für öffentliche und 33 Prozent für private Medien“. Burch hebt die Aufwertung partizipativer Medien, die Maßnahmen gegen Medienkonzentration und die Einrichtung von Quoten für nationale Produktionen und Musik hervor. Positiv bewertet sie zudem die Schaffung eines Medienrates, der über die Einhaltung der Frequenz-Vergabekriterien urteilen soll, sowie eine Norm, die festlegt, dass Informationen ausreichend recherchiert werden.

AMARC hingegen hat mehrfach geäußert, den Gesetzestext in dieser Form nicht zu unterstützen. Insbesondere wird kritisiert, dass dem Staat zu große Kontrollmacht gegenüber den Medien eingeräumt werde. „Kommunale Medien werden zwar anerkannt, doch geschieht dies in einem Rahmen, der dem Staat weitreichende Vollmachten bei der Ausübung des Vetorechts und der Zensur einräumt“, schreibt Rosario Puga von AMARC-Lateinamerika. Außerdem enthalte der Gesetzestext Normen, die administrativen Instanzen (statt juristischen) das Recht einräumen, über die Verbote von Inhalten zu entscheiden. Nach Meinung von AMARC-Lateinamerika widerspricht der Gesetzesentwurf in mehreren Passagen den Mindestanforderungen, die die Interamerikanische Menschenrechtskonvention bezüglich der Meinungsfreiheit formuliert hat.

CORAPE und die Mehrzahl der Organisationen, die sich als Bewegung zur Demokratisierung der Kommunikation verstehen und an der Ausarbeitung des Gesetzes beteiligt waren, plädieren nach den letzten Veränderungen im Textentwurf für dessen Verabschiedung. Zwar haben sie nach wie vor einige Kritikpunkte, doch im Wesentlichen sei das Gesetz ein großer Fortschritt und vor allem dringend notwendig, um der fehlenden Regulierung und der Monopol Tendenz im Mediensektor einen Riegel vorzuschieben. „Die öffentliche Meinung leidet am meisten unter dem Status Quo. Deswegen sind wir für die Einführung des Gesetzes in der vorgelegten Form“, so Gisella Dávila von CORAPE.

Infosammlung

Ausgewählte Community Radios

Radio Intag:
www.radiointag.com

Radio La Voz de Guamote:
www.radioguamote.blogspot.de

Radio Sucumbios:
www.radiosucumbios.org.ec

Radiosender der Stiftung ERPE:
www.erpe.org.ec

Netzwerke, Verbände und Organisationen

Netzwerk der Bürger- und Bildungsradios
CORAPE:
www.corape.org.ec

Verband für Rundfunkbildung ALER:
www.aler.org

Verband der Community Radios AMARC:
www.alc.amarc.org

Portal Radialistas:
www.radialistas.net

Agentur ALAI:
www.alainet.org

Audio

Audioplattform Radioteca:
www.radioteca.net

Texte und Artikel (spanisch)

BURCH, Sally, 2012: „Ecuador: una ley para democratizar la comunicación“.
<http://alainet.org/active/53975>

PUGA, Rosario, 2012: „La compleja relación de Rafael Correa con la libertad de expresión“.
<http://www.radiotierra.cl/node/4758>

VARGAS, Romel Jurado, 2012: „Derecho a la comunicación en Ecuador“.
<http://preview.tinyurl.com/blgomp6>

Originaltext Kommunikationsgesetz:
<http://preview.tinyurl.com/c3ffyno>

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V. Köpenicker Str. 187/188, 10997 Berlin

E-Mail: info@npla.de

Internet: www.npla.de

Spendenkonto: Volksbank Berlin, Kontonr.: 7196 7040 05, BLZ: 100 900 00

Autor: Andreas Behn

Fotos: CORAPE (Seite 1,3,4,6)

Redaktion und Gestaltung: Kristin Gebhardt

November 2012



Mit Unterstützung von
Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst und BMZ

Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich.

